

Wie viele PublizistInnen braucht das Land?

Mit verschränkten Armen sitzt "Gio" Hahn auf dem Podium. Wozu denn eigentlich so viel diskutiert wird, scheint er sich zu fragen. Ganz offensichtlich tut die Politik, im Bereich Wissenschaft vertreten durch ihn höchst persönlich, doch nur das, was ihr die Gegebenheiten diktieren. Es sei einfach nur so und so viel Geld vorhanden, gewiss, mensch könne das schrittweise erhöhen, das würde ja durchaus getan, nur wenn auf einmal zu viele Studierwillige vor der Tür eines Faches stehen (verblendet müssen sie sein, denn der heilige Markt wünscht sie sich ja mit ganz anderen Qualifikationen), dann müsse mensch nun mal einige wieder wegschicken. Am besten, das passiert eben nicht mit den Besten, sondern mit denen am unteren Ende der Leistungsskala. Ist doch nur logisch. Jener erlauchte Kreis der Leistungsfähigen soll nun aber bitte auch eine gewisse Effizienz zeigen, und vielleicht auch ein wenig Dankbarkeit. Schnell, schnell, eine Prüfung nach der Anderen, hart aber gerecht, auf dass die Plätze auch zügig wieder frei werden, und mensch schon bald als Leistungsträger dem Gio sein Gehalt sichern kann.

Bei der freudigen Männerrunde unter dem fragwürdigen Titel "Zu viele Studierende - zu wenige Akademiker" am 12. Oktober herrschte (fast) Einigkeit. Selbstdarstellung von Seiten der beiden hohen Tiere aus der Politik (der "rote" Josef Broukal konnte es sich nicht nehmen lassen, ein bisschen Sozialromantik unter sein "Wir reagieren doch nur auf die Notwendigkeiten" - Gerede zu mischen), und ein Bildungsexperte (Arthur Schneeberger), der einzig und allein gekommen war, um die Zahlen anderer Exemplare seiner Spezies anzuzweifeln. Die gerne als zu niedrig bezeichnete "Akademikerquote" sei doch gar nicht so ein Problem, denn was in Österreich ein/-e AkademikerIn ist, damit können viele der in der Statistik auftauchenden AustralierInnen nun mal nicht mithalten. Und überhaupt sei das Problem gar nicht die Anzahl der Studierenden, sondern vielmehr, dass die armen Fehlgeleiteten alle das Falsche studieren wollten. WU-Rektor Badelt dachte dementsprechend mehrmals laut über die Frage nach, ob nicht die Bachelor-Studiengänge viel berufsorientierter sein sollten. So blieb die Frage der technokratisch organisierten Anpassung der Unis und ihrer Subjekte an die Bedürfnisse der Wirtschaftsmaschinerie auch der Punkt, um den die ganze Diskussion kreiste. Die zwei, drei mal, die sich der ÖH-Vorsitzende Hartwig Brandl erfolgreich zu Wort meldete, nutze er immerhin für die Forderung nach einer europäischen Lösung, aber er schaffte es nicht, den Fokus auf wirklich Wichtiges zu lenken. Die Anmerkung einer Kollegin bei der abschließenden Publikumsrunde, es bedürfe einer grundsätzlichen Diskussion darüber, ob Universitäten für Bildung, oder für Ausbildung da seien, verhallte im Raum.

Dass die Entscheidung für oder gegen ein Studium eine Frage der persönlichen Ambitionen, Interessen und ein wichtiger Schritt in der Lebensplanung ist, wurde hier wieder einmal nicht einmal erfolgreich angedacht. Dass diese Entscheidungen in der Summe durchaus die Gestalt einer Gesellschaft verändern, und vielleicht die aktuellen

Bedarfs-Statistiken nicht die einzige denkbare Kategorie sind, spielt leider in der öffentlichen Diskussion so gut wie keine Rolle. Mehr TechnikerInnen braucht das Land, damit der Motor der Wirtschaft brummt, einen Mangel an PublizistInnen wird mensch dagegen kaum statistisch feststellen können. Das wurde denn auch von den weisen Herren ein um's andere Mal in's Feld geführt. Und wo kein Mangel, da kein Problem. Oder?

Was vermieden wird, wenn es um Hochschulpolitik geht, sind meistens die substantiellen Fragen. Wie überall im repräsentativen politischen Diskurs werden "Sachzwänge" vorgeschoben, um Diskussionen über grundlegende gesellschaftliche Ziele aus dem Weg zu gehen. Wer Visionen hat, soll halt zum Arzt gehen. Dabei hat die Vermeidung der Frage "Welche Rolle sollen Universitäten in unserer Gesellschaft spielen?" tiefer liegende Gründe. Würde sie tatsächlich diskutiert, bestünde die "Gefahr" breiter Kritik auch noch an ganz anderen hochschulpolitischen Entscheidungen der jüngeren Vergangenheit

Was wäre die Konsequenz, wenn auf einmal die Idee Oberhand gewinnen würde, Universitäten sollten mehr sein, als Veredelungs-Agenturen für die Ware Arbeitskraft?

Das "alternative" Bild der Universität ist gar nicht neu. Schon in den Zeiten des etwas naiven Glaubens an das Allheilmittel Aufklärung gab es die Forderung, Universitäten sollten Orte sein, an denen gesellschaftliche Reflexion stattfinden kann, Foren für Kritik, Institutionen der Selbstbildung autonomer Individuen, aber auch des gegenseitigen Austausches und Hinterfragens. Zu Zeiten der alten Aufklärer war an eine Uni, an der wirklich breite Teile der Gesellschaft teilnehmen noch kaum zu denken, und auch die Strukturen der Universität selbst ließen, genau wie heute, nur bestimmten Gedanken freien Lauf. Die Idee aber ist immer noch aktuell. Sollen die idealisierten Ansprüche erfüllt werden, dann braucht es Offenheit in alle Richtungen, nach Außen, aber auch im Inneren. Besonders im Laufe des letzten Jahrhunderts hat sich die Zahl der Menschen, die eine Universität *besuchen* können stark erhöht, *teilhaben* können aber immer noch nur wenige.

Die Idee der freien Universität als gesellschaftlicher Einrichtung muss auch zu Ende gedacht werden, wenn mensch sich nicht gänzlich von ihr verabschieden will. Zu Ende denken heißt auch, dass mehr gefordert werden muss als nur, dass Jede/-r irgendwie, irgendwo, irgendwas studieren kann, um am Ende einen Titel mit sich herumzutragen.

Richtet mensch sich an einem solchen Ideal, dann müssen natürlich auch Zugangsbeschränkungen in jeder Form abgelehnt werden. Denn wenn eine Universität den Rahmen bilden soll für ein gemeinsames, selbstbestimmtes Lernen für das Leben in einer komplexen Gesellschaft, dann muss Jeder/-r Einzelne/-r die Möglichkeit haben, sich überall einzubringen, auszuprobieren, und Strukturen mitzugestalten, und das ganz unabhängig von möglicherweise angestrebten Abschlüssen und Karriereplänen. Sicher,

eine solche Universität verlangt einer Gesellschaft mehr Ressourcen ab in einer Zeit, in der immer mehr Menschen daran Teil haben wollen, doch in einer sich ausweitenden Beteiligung an einer solchen Selbstbildungsinstitution steckt auch ein riesiges Potential. Zugangsbeschränkungen haben aber noch andere Übel, als dass sie manche oder auch viele Menschen ausschließen. In ihrer jetzigen Form zeigen sie den Erstsemestrigen die Uni von ihrer schlechtesten Seite. Am Anfang muss mensch erst mal die Fähigkeiten zum passiven record/play beweisen. Zugangsbeschränkungen fördern bei jenen, die einen Platz ergattert haben ein unsolidarisches Denken. Survival of the fittest, etwas, dass mensch natürlich lernen muss für den Markt, denn der Markt ist die höchste Kategorie unseres Denkens. Amen. Und Jede/-r soll sich verdammt noch mal für ein Studium entscheiden, dass dann auch durchziehen, und nicht dem Staat auf der Tasche liegen. Mensch kauft das Fertigprodukt Publizistikstudium, nicht etwa ein anderes. Zur Entscheidungserleichterung gibt es ein Auswahlverfahren...

Zugangsbeschränkungen sind hässlich, deshalb muss selbst ein Bildungsminister sich demütig dafür entschuldigen. Aber sie sind nur Teil eines Prozesses, der längerfristig die totale Aushöhlung der Uni als intellektueller Frei-Raum bedeuten könnte. Andere Indizien dafür, dass die Logik der Ökonomie auf die Universität übergreift sind weniger offensichtlich. Die unter dem leicht verkäuflichen Label der europäischen Freizügigkeit propagierte Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge ist wohl noch am häufigsten Angriffsfläche für Kritik, die aber oft am Kern vorbei geht. Nicht die so gerne angeprangerte Wertlosigkeit des Bachelor-Grades auf dem Arbeitsmarkt ist das Problem, sondern die Tatsache, dass vieles, was ein Universitätsstudium ausmachen sollte beim Bachelor eingespart wird, um in Master-Programmen Eliten heranzuzüchten. Von der Seite der Apologeten wird hier nicht selten so argumentiert, dass der Bachelor eben dem Zwecke der praktischen Berufsausbildung dienen sollte, der Master den wirklich wissenschaftlich Interessierten offen stehe. Schaut mensch sich an, wie der Bologna-Prozess in anderen EU-Ländern umgesetzt wird, zeigt sich eine klare Tendenz, die sich auch in Österreich schon ankündigt: Master-Programme werden mehr und mehr mit rigiden Aufnahmebedingungen und höheren Gebühren verknüpft, für den Bachelor muss mensch sich meist hauptsächlich mit Massenvorlesungen und Multiple Choice Prüfungen abfinden. So kommen immer weniger Studierende überhaupt dazu, die Universität als Ort der kritischen Reflexion und Interaktion nutzen zu können. Der alte Elfenbeinturm ist wieder da. Seine Peripherie ist gewachsen, aber wer eintreten darf in die goldnen Hallen, das will doch bitteschön ausgewählt bleiben, nach Leistung, Zahlungsbereitschaft, und vielleicht ein bisschen auch nach Ideologie.

Die so genannte Autonomie der Universitäten könnte sich auch leicht als Zeichen der Unabhängigkeit von Wissenschaft lesen, hat aber letztlich hauptsächlich zur Abhängigkeit vom Wettbewerb geführt. Der steigere die Qualität, wird nicht selten argumentiert, also wo ist das Problem? Lehre wird zum Kostenfaktor, und wer "effektiver" lehrt, sprich: mehr AbsolventInnen, geringere Drop-Out Quote, bekommt mehr Geld. Mit Qualität hat das wenig zu tun, aber was da an der Uni tatsächlich

passiert oder passieren könnte, lässt sich nur schwer in ökonomischen Daten ausdrücken. Also siegt der passive Informationskonsum über die diskursive Interaktion. Um den Erfolg nachzuweisen, wird fleißig "evaluiert", "die Qualität gesichert": Ist das vorgegebene Programm auch umgesetzt worden? Wer als DozentIn zu viel Raum für neue Ideen der Studierenden lässt, riskiert schlechte Leistungswerte. Umsatz, Durchsatz, Wachstum, höher, schneller, weiter. Keine Zeit zum Denken heute...

Wie viele PublizistInnen braucht denn nun das Land? Sind denn 962 neue jedes Jahr nicht genug, nicht gar viel zu viel? Nun, die Frage ist wohl falsch gestellt. Dieses Studium bildet ja keineswegs Menschen zu PublizistInnen aus. Es hat, in der Theorie, und auch noch zu einem gewissen Grad in der Praxis, den Zweck, öffentliche Kommunikation wissenschaftlich zu untersuchen und zu hinterfragen, zu kritisieren und nach Möglichkeiten der Optimierung zu suchen. Ein Grund dafür, dass dieses Fach für StudienanfängerInnen so populär ist, ist wohl das Gefühl, dass dieses Thema in der Welt in der wir leben von zunehmender Bedeutung ist. Damit aus Interesse ein Diskurs wird, braucht es aber mehr, als eine Institution, die die Erkenntnisse der 20 Jahre alten Forschung zum Abfragen bei der Prüfung wiederkaut. Es braucht die Möglichkeit für Jede/-n teilzuhaben. Und es braucht vor allem Raum für Studierende, sich einzubringen, Studierende, die Luft haben zum Atmen und Zeit zum Denken.